DONNERSTAG, 12. DEZEMBER 2024

Trierischer Volksfreund

UNABHÄNGIG • ÜBERPARTEILICH • GEGRÜNDET 1875

ZEITUNG FÜR TRIER, SCHWEICH, TRIERER LAND

MIT ANLAUFPROBLEMEN

Dietmar Woidke bleibt Ministerpräsident in Brandenburg. Seite 8

„MEIN BESONDERES SPIEL“

Schiedsrichter Herbert Fandel aus Kyllburg erinnert sich an seine Auftritte auf der großen Fußballbühne. Seite 18

ÜBERBLICK

Weihnachtshits als echte Ohrwürmer

BERLIN (red) Für die einen wird Weihnachten durch „Last Christmas“ von Wham oder „All I Want For Christmas Is You“ von Mariah Carey erst so richtig kuschelig, anderen ist es ein Graus. Mehr über Ohrwürmer und Hits:
Seiten 23 und 28

Getrübter Blick in die Zukunft

BERLIN (red) Was bringt uns nur die Zukunft: Immer am Jahresende haben Hellseher Konjunktur. Doch wie erfolgreich sind sie? Wissenschaftlern zufolge lagen Hellseher auch 2024 oft falsch. Skeptiker haben wieder Prophezeiungen untersucht.
Seite 21

Von einem Leben im „Falschen Körper“

TRIER (red) Über 100 Operationen zur Geschlechtsangleichung hat es im vergangenen Jahr in Rheinland-Pfalz gegeben. Wie manche Menschen leiden, lesen Sie auf
Seite 27

GEWINNZAHLEN

Lotto: 14 - 15 - 30 - 34 - 35 - 49
Superzahl: 5
Super6: 6 5 0 3 1 2
Spiel 77: 9 9 5 3 6 7 3
(ohne Gewähr)

ZITAT

„Das ist in meinem Job nicht vorgesehen.“
Christian Lindner
Der FDP-Chef will nach der Geburt seines erwarteten Kindes im kommenden Jahr nicht in Elternzeit gehen.

WETTER

0° / 3° Tiefsttemperatur der kommenden Nacht: **0°**

Seite 28

RUBRIKEN

GELD UND MARKT	SEITE 6
FERNSEHEN	SEITE 25
HÄGAR	SEITE 24
SUDOKU	SEITE 24
FREIZEIT	SEITE 22
FÜR KINDER	SEITE 24

KONTAKT

Anzeigen	0651/7199-999
Abo	0651/7199-998
Leserservice	0651/7199-0

kontakt@volksfreund.de
Internet: www.volksfreund.de
www.facebook.com/volksfreund
www.instagram.com/trierischervolksfreund

Produktion dieser Seite:
Heribert Waschbüsch

Einzelpreis 2,30 €, NR. 289

4 194971 102309 40150

NEUWAHL

Eine historische Unterschrift

BERLIN (red) Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) setzt seine Unterschrift unter den „Antrag auf Vertrauen“ an die Bundestagspräsidentin. Damit macht er den Weg frei für vorgezogene Bundestagswahlen am 23. Februar. Die Abstimmung über die Vertrauensfrage soll am kommenden Montag stattfinden. Es gilt als sicher, dass Scholz keine Mehrheit bekommt.
Themen des Tages Seite 8

FOTO: STEFFEN KUGLER/BUNDESREGIERUNG/DPA

Streit um Gema-Gebühren: Bleiben Karneval und Weinfeste still?

Auf vielen Weihnachtsmärkten in der Region ist es dieses Jahr ruhiger: Ausrichter verzichten wegen gestiegener Gebühren auf Musik. Das könnte auch andere Veranstaltungen betreffen.

VON BERND WIENTJES

TRIER Auf dem Trierer Weihnachtsmarkt ist es in diesem Jahr stiller: Es ist weniger Weihnachtsmusik zu hören. Auf dem Koblenzer Weihnachtsmarkt wurden alle Chorauftritte abgesagt. Grund sind in beiden Fällen die hohen Gema-Gebühren. Veranstalter der Märkte müssen in diesem Jahr mehr an die Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte (Gema) zahlen. Das betrifft aber nicht nur Weihnachtsmärkte. Auch Stadt- und Vereinsfeste sowie Karnevalsveranstaltungen sind davon betroffen.

Die Gema vertritt rund 95.000 Musiker, Songwriter, Komponisten und Texter. Eine Gema-Gebühr wird fällig, wenn Musik öffentlich genutzt wird, beispielsweise bei Veranstaltungen. Und diese Gebühren können schnell mal in die Tausende gehen. So muss etwa der Veranstalter einer Karnevalsparty mit Livemusik in einer Halle mit 1000 Quadratmetern laut dem Gema-Rechner mit rund 1200 Euro Gebühren rechnen. Die Veranstalter des Rosa Karnevals haben in diesem Jahr nach eigenen Angaben mehr als 14.000 Euro an Gema-Gebühren für ihre Sitzungen im Trierer Messepark bezahlt. Selbst für Straßenkarneval wie etwa den Trierer Rosenmontagsumzug verlangt die Gesellschaft mit Sitz in München Gebühren. Genau wie für Stadt- und Dorffeste. Auch bei verkaufsoffenen Sonntagen oder einem sogenanntem „Late-Night-Shopping“ hält die Gema die Hand auf. Während der Fußball-EM in diesem Jahr mussten Veranstalter von Public-Viewings Lizenzen bei der Gesellschaft erwerben. Die Gebühren für Veranstaltungen errechnen sich nach der Veranstaltungsfläche. Bei der Gema kann man die Aufregung über die Gebühren für Weihnachtsmärkte und andere Feste nicht nachvollziehen. Die Gema stelle selbst keine Tarife auf, sondern verhandele diese immer mit Branchenverbänden. Der Tarif für Stadtfeste, der auch für die Musiknutzung auf Weihnachtsmärkten gelte, sei zuletzt 2018 mit der Bundesvereinigung der Musikveranstalter verhandelt worden, erläutert eine Sprecherin der Gesellschaft. „Der Tarif ist also nicht neu, er wurde in den vergangenen Jahren auch nicht erhöht – abgesehen von leichten inflationsbedingten Anpassungen im einstelligen Prozentbereich.“ Auch die Bemessungsgrundlage des Tarifs habe sich nicht verändert. Nach einer Entscheidung des Bundesgerichtshofes im Jahr 2011 müsse die Gema für die Musiknutzung auf Stadtfesten – und somit auch auf Weihnachtsmärkten – die gesamte Veranstaltungsfläche heranziehen und nicht nur die beschallte Fläche vor einer Bühne. Wenn Märkte auf größeren Flächen stattfänden oder länger dauerten, stiegen auch die Lizenzkosten, die sich nach Tag und Fläche berechneten. Die Gema-Sprecherin entgegnet Kritikern: „Rechnet man die Gema-Lizenzgebühr auf Dauer des Marktes, Einnahmen und Besucher um, so bewegt sich die Abgabe für Musik pro Besuch im einstelligen Cent-Bereich. Die musikalische Begleitung des Marktes sorgt maßgeblich für weihnachtliche Stimmung und ist ein relevanter Umsatzfaktor – genutzt werden dafür Songs und Musikwerke, die wiederum von Menschen komponiert, getextet, also durch Leistung erschaffen werden.“

Die Diskussion über die Gebühren ist längst zum Politikum geworden. Die CDU wirft der rheinland-pfälzischen Landesregierung vor, die oft ehrenamtlichen Veranstalter von Kirmes-Feiern, Wein- oder Straßenfesten nicht zu unterstützen, etwa durch einen Pauschalvertrag mit der Gema. „Unsere Weihnachtsmärkte und Feste dürfen nicht verstummen“, warnt die CDU-Abgeordnete Marion Schneid.

Laut Gema haben bislang Niedersachsen, Bayern und Hessen solche Ehrenamtsverträge mit der Gesellschaft geschlossen. Die rheinland-pfälzische Kulturministerin Katharina Binz (Grüne) hat jedoch in einer Antwort auf eine CDU-Anfrage mitgeteilt, die Landesregierung habe keine Verhandlungsmöglichkeiten mit der Gema.

Koordinator und mehr humanitäre Hilfe für Syrien

BERLIN (dpa) Die Bundesregierung will nach dem Sturz von Langzeitherrscher Baschar al-Assad mehr Präsenz in Syrien zeigen. Außenministerin Annalena Baerbock hat ihren Staatsminister Tobias Lindner als Sonderkoordinator für das Land eingesetzt und zusätzliche humanitäre Hilfe angekündigt. Zugleich kritisierte die Grünen-Politikerin nach der Kabinettssitzung in Berlin die aufkeimende Debatte über Abschiebungen. Noch vor wenigen Wochen hätten einige deutsche Politiker eine Normalisierung mit Machthaber Assad gefordert. Nun erklärten die gleichen Leute, dass alle Menschen wieder nach Syrien zurückkehren könnten. „Das zeugt offensichtlich davon, dass der Realitätssinn für die Lage im Nahen Osten nicht besonders ausgeprägt ist“, sagte Baerbock. Aktuell halten sich laut Bundesinnenministerium rund 975.000 Syrer in Deutschland auf.
Themen des Tages Seite 3

Verbrenner-Aus: EVP-Fraktion will Rückzieher machen

BRÜSSEL (dpa) Die mit Abstand größte Fraktion im EU-Parlament will das sogenannte Verbrenner-Aus rückgängig machen. Die EU-Klimaziele sollten aber weiter eingehalten werden, heißt es in einem Positionspapier des Mitte-Rechts-Bündnisses EVP, zu dem auch CDU und CSU gehören.
Geld und Markt Seite 6

Fifa vergibt WM 2034 nach Saudi-Arabien

ZÜRICH (dpa) Mit dem goldenen WM-Pokal an seiner Seite klatschte Gianni Infantino zufrieden in die Hände. Von den per Videokonferenz zugeschalteten mehr als 200 Delegierten kam keinerlei Widerspruch, folgsam wurde die Vergabe der Fußball-Weltmeisterschaften 2030 und 2034 mit Applaus abgesegnet. Die Endrunde 2034 wird im von Menschenrechtsorganisationen kritisierten Saudi-Arabien gespielt, für 2030 bekamen gleich sechs Länder den Zuschlag.
Sport Seite 17

Studie befasst sich mit den Bischöfen Marx und Ackermann

Welches Ausmaß hatte der sexuelle Missbrauch im Bistum Trier? Es gibt neue Antworten der Robbers-Kommission.

VON ROLF SEYDEWITZ

TRIER Es ist ein unübersehbares Zeichen mitten in der Trierer Innenstadt: Der Platz der Menschenwürde direkt neben dem Dom erinnert daran, dass die Spitze der katholischen Kirche beim Thema Missbrauch durch Priester und Ordensleute jahrzehntelang die Täter geschützt, beim Vertuschen geholfen und die Opfer sich selbst überlassen hat. Der ehemalige Trierer Bischof Bernhard Stein ist nur eins von mehreren Negativbeispielen dafür. Der einst nach ihm benannte Platz neben dem Dom trägt nicht mehr seinen Namen.

Künftig wird es im Bistum möglicherweise mehr solcher Erinnerungsorte geben, die den fortgesetzten sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen und die Folgen daraus dauerhaft ins Bewusstsein rufen sollen. Das jedenfalls ist das Ziel der Unabhängigen Aufarbeitungskommission, die am Mittwoch ihren dritten Zwischenbericht vorgelegt hat. „Wir wollen den Betroffenen und ihren Angehörigen eine Stimme geben“, sagt Kommissionssprecher Gerhard Robbers. Zudem sollten durch die Erinnerungskultur Strukturen aufgezeigt werden, die den Missbrauch über viele Jahre hinweg erst ermöglicht hätten, so der ehemalige Mainzer Justizminister. Konkrete Projekte gibt es noch nicht, dafür aber einige Ideen, die bei einer geplanten Akteurskonferenz mit Leben gefüllt werden sollen. Denkbar seien beispielsweise mobile Ausstellungen, Gespräche mit Zeitzeugen oder künstlerische Projekte. Das ist noch Zukunftsmusik. Aber die siebenköpfige Kommission hat in der zurückliegenden Zeit auch schon einige Empfehlungen ausgesprochen, die das Bistum umgesetzt hat, etwa bei den Themen Prävention, Umgang mit Tätern oder Akteneinsicht. Für die größten Schlagzeilen sorgten in der Vergangenheit die von der Kommission beauftragten Studien über den Fall des Skandalpriesters Edmund Dillinger oder den Missbrauch in den Amtszeiten der Bischöfe Stein und Spital. Aktuell gehen die Wissenschaftler von mindestens 711 Opfern im Zeitraum zwischen 1946 und 2021 im Bistum Trier aus und 234 (mutmaßlichen) Tätern. Bis 1990 sei im Durchschnitt jeder neunte im Bistum zum Priester Geweihte als Beschuldigter auffällig geworden, heißt es in der Studie der Uni Trier. Erschreckende Zahlen. Derzeit untersucht das Forscherteam den Missbrauch während der Amtszeiten der Bischöfe Reinhard Marx und Stephan Ackermann. Ergebnisse soll es im Herbst kommenden Jahres geben. Dabei dürfte auch der Fall des Trierer Bistumspriesters M. eine Rolle spielen.

Der wegen mehrfachen Missbrauchs in einer saarländischen Pfarrei zu einer Bewährungsstrafe verurteilte Geistliche wurde erst vor wenigen Tagen endgültig auch aus dem Klerikerstand entfernt. Marx, Ackermann und der frühere Trierer Generalvikar Georg Bätzing hatten in der Vergangenheit bereits Fehler im Umgang mit Betroffenen und der Bearbeitung des Falls eingeräumt.
Themen der Zeit Seite 2